

Länder

Gespräche mit „den Taliban“

Von M. Anwar Karimi | 1. Januar 2010

Das Gesprächsangebot des deutschen Verteidigungsministers zu Guttenberg zur Aufnahme eines Dialogs mit gemäßigten Taliban ist nichts Neues.

Das Gesprächsangebot des deutschen Verteidigungsministers zu Guttenberg zur Aufnahme eines Dialogs mit gemäßigten Taliban ist nichts Neues.

Der amerikanische Präsident Barack Obama hat schon bei seiner Überprüfung der Afghanistan-Politik im März 2009 ebenfalls eine Annäherung an moderate Taliban-Kämpfer erwogen. So hatte er erklärt, dass Verhandlungen zwischen der afghanischen Regierung und „reueigen“ Taliban von der US-Regierung unterstützt werden könnten.

Der afghanische Präsident Hamid Karzai hat schon seit längerem immer wieder die Aufständischen zu Friedensgesprächen eingeladen. Er hat ihnen sogar Posten in seiner Regierung angeboten.

Was aber zu Guttenberg nicht zur Sprache bringt, ist die Tatsache, dass die bewaffnete Opposition gegen die von der NATO angeführten ISAF-Truppen nicht nur aus Taliban besteht. Es agieren fünf verschiedene Hauptakteure und zahlreiche regionale Gruppen. Was die Verhandlung betrifft, haben alle diese Gruppen ziemlich klare und eindeutige Positionen.

Sie fordern den bedingungslosen Abzug aller Besatzungstruppen aus Afghanistan innerhalb von sechs Monaten, die Bildung einer Übergangsregierung ohne Beteiligung der Kriegsparteien und allgemeine Wahlen innerhalb eines Jahres. Nur die islamische Partei Afghanistans unter der Führung von Gulbuddin Hekmatyar verlangt für die Übergangphase die Stationierung einer begrenzten Zahl von Soldaten aus islamischen Ländern. Eine Gruppe mit dem Namen gemäßigter Taliban ist eine Wunschvorstellung westlicher Politiker. Zurzeit sind die Aufständischen in einer stärkeren Position und haben ihre eigene Schattenregierung gebildet und Gouverneure in 33 von 34 Provinzen in Afghanistan, einschließlich jener im Norden ernannt, einer Region, von der die USA und andere NATO-Länder gedacht hatten, die Aufständische stellen keine große Bedrohung dar.

Zeichen der Schwäche

Diese Pläne zu Gesprächsangeboten seitens der imperialistischen Regierungen sind ein Versuch, auf die ernsthafte Verschlechterung der US- und NATO-Position in Afghanistan zu reagieren. Im ganzen Land und in den benachbarten Stammesgebieten Pakistans finden gewaltsame Auseinandersetzungen statt. Pakistans von den USA gestützte Regierung ist diskreditiert, weil sie die Bombardierungen und den Einmarsch von US-Truppen in Pakistan gegen die Taliban-Kämpfer billigt.

Der Krieg der Vereinigten Staaten gegen die Taliban hat auch wichtige Verbündete der USA aufgebracht, die

Mitte der 1990er Jahre dabei geholfen hatten, zum Zweck des Schutzes der geplanten Pipeline im Interesse der USA die Taliban-Milizen aufzubauen. Dazu gehören die klerikale saudische Herrschaftsschicht und der mächtige militärische pakistanische Geheimdienst Inter-Service Intelligence (ISI).

Die Exit-Strategie und die neu vorgebrachten Vorstellungen gerade von zu Guttenberg, Gespräche mit »gemäßigten Taliban« zu versuchen, werden die Afghanistan-Konferenz am 28 Januar 2010 in London bestimmen. Dort müsste ein »Verhandlungsangebot« an die Aufständischen beschlossen werden.

US-Präsident Barack Obama hat Anfang Dezember die Entsendung weiterer 30?000 US-Soldaten angekündigt, um eine Wende im Afghanistan-Krieg zu erzwingen. Andere NATO-Länder stellen zusätzliche 7?000 Soldaten zur Verfügung. Rund 110?000 ausländische Soldaten befinden sich bereits in Afghanistan, bekommen aber bislang die zunehmende Zahl von Anschlägen der Aufständischen nicht in den Griff.

Der Krieg in Afghanistan ist trotz der Aufstockung der internationalen Truppen einschließlich der 30?000 neuen US-Soldaten nach übereinstimmender Meinung der Militärs und Politiker nicht mehr zu gewinnen.

Dieser Beitrag wurde publiziert am Freitag den 1. Januar 2010

in der Kategorie: [Länder](#), [RSB4](#).